

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerikas engagierte Gewerkschaften

Patriotismus und Internationalismus

Seit Werner Sombart 1906 über Eindrücke aus Amerika berichtete, ist die Meinung weit verbreitet, die amerikanischen Gewerkschaften seien unideologisch ganz auf die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter ausgerichtet. Diese Vorstellung ist unrichtig. Die Gewerkschaften haben eine Ideologie – wenn man ihre Geisteshaltung als Ideologie bezeichnen will –, nämlich die der freiheitlichen Demokratie. Sie treten energisch für die Bürgerrechte im Inland und für die Menschenrechte im Ausland ein. Sie lehnen autoritäre und totalitäre Regime sowohl der Rechten wie der Linken mit Vehemenz ab. Sie sind sich dabei bewusst, dass ein Regime Pinochet ebenso beseitigt werden könnte und sollte wie die Militäregime in Argentinien und in Brasilien, während die totalitäre Herrschaft Fidel Castros auf Kuba den Schutz Moskaus genießt.

Die Äquidistanztheorie, welche die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten gleichstellt, ist den amerikanischen Gewerkschaften ein Greuel. George Meany, der bärbeissige frühere Präsident der AFL-CIO, hätte das ihren Vertretern rüde gesagt; heute verwendet man diplomatischere Worte. Der Ausdruck «Freie Welt» als polemisches Gegenstück zu «sozialisti-

scher Welt» stammt aus Amerikas Gewerkschaftsküche.

Die wichtigste Vertretung der Gewerkschaften ist die American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), der Dachverband von 96 Gewerkschaften mit 13,7 Millionen Mitgliedern. In der AFL-CIO sind keine Individuen vereinigt, sondern nur Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbund verfügt bloss über die Kompetenzen, die ihm die Einzelgewerkschaften übertragen haben. Er führt insbesondere keine Lohnverhandlungen und organisiert keine Streiks; das bleibt den Einzelgewerkschaften überlassen. Die AFL-CIO vertritt die Interessen der Gewerkschaften und damit der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung und gegenüber dem Kongress. Sie bildet eine der mächtigsten Lobbies in Washington. Ihr Verwaltungsgebäude füllt einen Häuserblock schräg gegenüber und in Sichtweite des Weissen Hauses an der Sechzehnten Strasse. Wenn der Präsident der AFL-CIO, Lane Kirkland, spricht, erhebt sich hinter ihm das Sternbanner – wie beim Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Kirkland hat anlässlich der Tagung des Exekutivrates der AFL-CIO im Februar einmal mehr betont, dass die

Gewerkschaften «eine patriotische Bewegung» sind. Einem Befrager von der äussersten Linken antwortete Kirkland scharf: «Wir wollen keinen Generalstreik, und wir wollen keine Laborpartei, Genosse.» Mit der von den Kommunisten gebrauchten Anrede «Genosse» – die demokratischen Gewerkschafter nennen sich «Bruder» oder «Schwester» – war der Angesprochene schon an seinen Platz gewiesen. Kirkland aber setzte hinzu: «Wir billigen nicht die Doktrinen Lenins oder Troztkis. Wir glauben, dass sie nicht ein Rezept für das Erreichen irgendeines der gerechten Ziele der Arbeiterbewegung sind, sondern eher ein Rezept für die Zerstörung der Arbeiterbewegung. Und wir unterschreiben nicht die Doktrin des revolutionären Defaitismus.» Die Absage hätte kaum deutlicher ausfallen können.

Für eine starke Verteidigung

Die AFL-CIO hat sich immer für eine starke Rüstung eingesetzt. Sie stimmt jetzt im Prinzip einer Steigerung der Verteidigungsausgaben um fünf Prozent zu über den Inflationszuwachs hinaus. Die Ausgaben sollten jedoch durch Steuern gedeckt werden, damit das Budgetdefizit verringert würde. Falls der Kongress ein Einfrieren der Sozialausgaben beschliessen sollte, dann müsste er diesen «Freeze» auch auf die Verteidigungsausgaben ausdehnen. Kirkland versichert, die AFL-CIO trete für eine starke Verteidigung ein. Diese sollte sich nach den Gefahren richten, welche die Vereinigten Staaten bedrohten. Die Ausgaben dürften jedoch nicht künftigen Generationen aufgeladen

werden. Auf eine Frage nach der Auswirkung eines Einfrierens der Verteidigungsausgaben auf den Arbeitsmarkt entgegnete Kirkland: «Wir empfinden es als recht beleidigend, wenn insinuiert wird, dass wir die Verteidigungsausgaben beurteilen, als ob es sich um ein Arbeitsbeschaffungsprojekt handle. Die einzige Begründung dafür, Geld auszugeben für Waffen oder Panzer oder Flugzeuge, ist die Sicherheit des Landes, und das ist die einzige Grundlage, von der aus wir dieses Problem immer betrachtet haben.»

Die AFL-CIO tritt also nach wie vor für eine starke Rüstung ein; sie verlangt jedoch den Verzicht auf die Kürzung der Sozialausgaben und fordert eine Erhöhung der Steuern zur Reduktion des Budgetdefizits. Damit bleibt sie im Rahmen des Programms des von ihr unterstützten Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, Walter F. Mondale, «Fritz» genannt. Die «New York Times» sieht in Kirklands Äusserungen «eine scharfe Abkehr von der langjährigen Unterstützung der Militärausgaben durch die Organisation». Diese äusserst extensive Interpretation trägt den taktischen Anliegen im Vorfeld der Budgetberatungen des Kongresses nicht Rechnung. Eine Resolution des Gewerkschaftskonvents vom 5. Oktober 1983 war als Zustimmung zu dem «Freeze» der Nuklearrüstung gedeutet worden. Im Text war jedoch zu der Forderung nach einem «gegenseitigen, verifizierbaren Einfrieren» die unenthusiastische Feststellung enthalten: «In unserer Mitgliedschaft, wie in der Gesellschaft als Ganzes, bevorzugt eine Mehrheit einen verifizierbaren bilateralen nuklearen Freeze.»

Damit hielt die AFL-CIO notdürftig den Schulterschluss mit dem von ihr am gleichen Tag auf den Schild gehobenen Mondale, einem Befürworter des «Freeze».

Die Unterstützung für Mondale

Kirkland war es damals gelungen, fast die Gesamtheit der AFL-CIO – 90,7 Prozent der Konventsteilnehmer – für die Unterstützung Mondales schon in der Phase der Ausscheidung unter den demokratischen Bewerbern zu gewinnen. Nur die Marine Engineers stimmten dagegen, und die Gewerkschaften der Docker der Ost- und Golfküste sowie des Hochseeschiffspersonals enthielten sich der Stimme. Mondale errang dank der Unterstützung durch die AFL-CIO die Nomination zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, wurde dann aber im Kampf gegen Ronald Reagan von einem Erdrutsch der Stimmen für den Republikaner geschlagen.

Reagan wurde zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt. Er war während mehreren Jahren Vorsitzender der Gewerkschaft der Filmschauspieler gewesen, die der AFL-CIO angehört. Er hat diese Zeit in der Autobiographie «Where's the rest of me?» geschildert. Damals hatte Reagan, wie andere Gewerkschaftsführer auch, bittere Gefechte gegen Kommunisten ausgetragen, welche die Leitung seiner und anderer Gewerkschaften an sich zu reißen suchten, obwohl sie nur eine Minderheit der Mitglieder vertraten. Reagans Antikommunismus hat sich in diesen Auseinandersetzungen entwickelt. Seine frühere Gewerkschaft hat jetzt unter der Führung von Ed Asner einen Linkskurs eingeschla-

gen, der sich vor allem in ihrer Unterstützung für das sandinistische Regime in Nicaragua äussert. Reagan ist der erste Gewerkschaftsführer der – allerdings nach seiner Wandlung zum Republikaner – Präsident der Vereinigten Staaten geworden ist. Seine Beziehungen zu den Gewerkschaften lassen zu wünschen übrig, nicht zuletzt weil er allzu lange an seinem Arbeitsminister Raymond Donovan festhielt, der im März zurückgetreten ist, nachdem gegen ihn – nach andern Untersuchungen – ein Strafverfahren wegen Betrügereien eröffnet worden war.

Gewerkschafter für Reagan

In den Wahlen zeigte sich einmal mehr, dass die Gewerkschaftsbewegung kein Monolith – und auch keine Verschwörung – ist. Die Empfehlungen der AFL-CIO können weder gegen die Einzelgewerkschaften noch gegen ihre Mitglieder durchgesetzt werden. Aber der Gewerkschaftsbund und seine Mitglieder mobilisieren Millionen von Dollars für die von ihnen bevorzugten Kandidaten, verschicken Werbematerial, telefonieren an alle in ihren Computern aufgespeicherten Adressen, sorgen für den Transport der Wähler in die Wahllokale und sogar für Babysitter während ihrer Abwesenheit. Ausser der AFL-CIO befürworteten die dieser nicht angehörenden Grubenarbeiter (United Mine Workers) und die grössere der beiden Lehrergewerkschaften, die 1,7 Millionen Mitglieder zählende National Education Association, die Wahl Mondales. Die grösste Einzelgewerkschaft, die der Teamsters – die einst von Fuhrleuten gegründet

wurde, aber heute ein Konglomerat von allen möglichen Tätigkeitsbereichen vor allem im Dienstleistungssektor ist – bevorzugte Reagan. Die Teamsters sind 1957 aus der AFL-CIO ausgestossen worden, nachdem sie mit der Korruption in ihren Reihen nicht aufgeräumt hatten. Sie haben den Weg zurück in den Dachverband noch nicht gefunden.

Nach Umfragen nach den Wahlen haben in der Hauptwahl 53 Prozent der Angehörigen von Gewerkschaftern für Mondale gestimmt. Wurden nur die Gewerkschaftsmitglieder ohne ihre Familien gezählt, ergab sich eine Mehrheit von 57 Prozent für Mondale. Die Gewerkschaftsführung kann nicht damit zufrieden sein, dass fast die Hälfte der von ihr beeinflussten Wählerschaft dem konservativen Republikaner die Stimme gab. Sie tröstet sich damit, dass 63 Prozent der von ihr unterstützten Kandidaten für den Kongress siegten. Kirkland meint, er habe sich für den Präsidentschaftskandidaten eingesetzt, welcher der Grundhaltung der AFL-CIO und ihren Zielen am nächsten stehe. Die Gewerkschaften befolgen oft noch Samuel Gompers' Leitsatz: «Freunde belohnen, Feinde bestrafen».

Zuerst Gary Hart und später auch Jesse Jackson bezeichneten Mondale als Werkzeug von Interessenvertretern, insbesondere der Gewerkschaften, und das tat dem früheren Vizepräsidenten in den Vorwahlen in manchen Gegenden Abbruch. Mondale ging im Februar dem Exekutivrat der AFL-CIO seinen Dank aussprechen. Kirkland erklärte darauf: «Wir lieben es, zu gewinnen. Wir haben beides versucht, aber gewinnen ist besser.» Ob er aber die Konsequenzen aus der

Wahlniederlage seines Kandidaten ziehen und zu der früheren Praxis zurückkehren wird, erst nach der Nomination in das politische Geschehen offen einzugreifen, bleibt abzuwarten. Kirkland hat Reagan diesmal nicht zu rechtlerinnen die Konvente in allen seinem Wahlsieg gratuliert. Die AFL-CIO bleibt auch weiterhin in der Innenpolitik aktiv. Sie hat massgebend dazu beigetragen, dass Paul Kirk Jr. zum Vorsitzenden des Nationalkomitees der Demokratischen Partei gewählt worden; er übt die Funktionen eines Parteipräsidenten aus.

Tagung des Exekutivrats der AFL-CIO

Ende Februar versammelt sich der Exekutivrat der AFL-CIO in Bal Harbor, am Nordende des Lidos von Miami Beach. Das Wetter ist dann meist so warm, dass der Swimming Pool eifrig benützt wird und Spaziergänge am Strand ein Genuss sind. Das Personal des Hotels, in dem sich die Gewerkschafter treffen, ist gewerkschaftlich durchorganisiert. Eine Gewerkschaft verfügt über eine Beteiligung am Hotel. Auch der letzte Gewerkschaftskonvent fand in Südflorida statt. Das war deshalb ungewöhnlich, weil die Vereinigungen der Frauenjungen Staaten boykottieren, welche das Frauenrechts-Amendment zur Bundesverfassung nicht ratifiziert haben, und dazu gehört Florida. Im Falle der AFL-CIO drückten die Feministinnen ein Auge zu; denn die Gewerkschaften haben sich für das Amendment eingesetzt. Zu diesen Tagungen erscheinen Gewerkschafter aus aller Welt als Gäste – nur nie aus der Schweiz.

Der Exekutivrat der AFL-CIO zählt 35 Mitglieder, darunter zwei Frauen. Um sie aufzunehmen, bedurfte es einer Änderung des Gewohnheitsrechts, dass nur Präsidenten von Einzelgewerkschaften in den Exekutivrat zugelassen würden. Auch Gewerkschaften mit weiblichen Mehrheiten pflegten jedoch Männer zu Präsidenten zu wählen. Lane Kirkland schaffte dann stillschweigend das Erfordernis ab, dass nur Präsidenten in den Vorstand kooptiert würden.

Lane Kirkland – Präsident des Gewerkschaftsbunds

Kirkland wurde 1979 als Nachfolger von George Meany zum Präsidenten der AFL-CIO erhoben. Er hatte vorher jahrzehntelang zuerst als Assistent Meanys, dann als Sekretär-Schatzmeister gedient. Auf diesen letzteren Posten ist Tom Donahue nachgerückt. Kirkland war lange Zeit der einzige weisse Protestant und der einzige Südstaatler in der Gewerkschaftsleitung, die sich sonst aus Schwarzen, Katholiken und Juden zusammensetzte. Er stammt aus einer Familie, die in South Carolina zu der alten Oberschicht gehörte. Er wurde am 12. März 1922 in Newberry (S. C.) geboren. Im Zweiten Weltkrieg diente er zuerst als Deckoffizier, dann als Kapitän der Handelsmarine. Nach dem Krieg absolvierte er die Hochschule für Diplomatie der Georgetown University (Georgetown School of Foreign Service) in Washington, D. C. Er wirkte als Redenschreiber für Trumans Vizepräsident Alben Barkley und für Adlai Stevenson, widmete sich dann aber ganz der Gewerkschaftsarbeit. Seit 1973 ist er mit Irena Neumann aus

Prag verheiratet, die zuerst von den Nazis ins Konzentrationslager verschickt und später von der Polizei der tschechischen Kommunisten eingesperrt worden war.

Kirkland führt die Geschäfte mit trockenem Humor, der selten so ätzend wirkt wie derjenige George Meanys. So meinte er einmal schmunzelnd: «Probleme werden durch Lösungen verursacht.» Aber er kann auch polemisch werden, so etwa wenn er Reagans Budgetdirektor, David Stockmann, als «Innendekorateur im wirtschaftlichen Bordell» titulierte oder der Regierung Reagan als Maxime (frei nach Darwin) den Satz unterschob: «Survival of the richest». Kirklands Darlegungen sind jeweils länger, tiefer und nuancierter, aber weniger volkstümlich formuliert als die seines Vorgängers. Er verfügt über eine aussergewöhnliche Bildungsbreite, die im privaten Bereich von der Archäologie bis zu der modernen Kunst reicht. Auf eine Anspielung auf Tinguely spricht er sofort an, indem er den Namen nennt.

Kirkland hat grosse Erfahrungen als Leiter einer manchmal ungebärdigen Organisation erworben. Er verfügt über mehr Kenntnisse in der Aussenpolitik als mehrere der Staatssekretäre und Verteidigungsminister der letzten Jahre. Der konservative Kolumnist George Will ist deshalb einer derjenigen, die finden, Kirkland würde den Posten des Staatssekretärs mit Auszeichnung füllen.

Verwerfung des Kommunismus

Kirklands aussenpolitische Einstellung geht aus einer Bemerkung in einem

Interview für «U.S. News & World Report» vom 17. Mai 1982 hervor: «Nach allen objektiven Massstäben ist diese Administration weicher (gegenüber der Sowjetunion) als die Administration Carter.» Das war keineswegs als Kompliment für Carter gemeint, sondern als abschätziges Urteil über Reagan, der es unterliess, Polen wegen der Nichtbezahlung der Anleihezinss in Verzug zu erklären und ein totales Embargo gegen die Sowjetunion zu verhängen, um Solidarnosc zu retten. Die AFL-CIO unterstützt Solidarnosc nach Möglichkeit, und zwar nicht nur publizistisch. Sie hat 1975 Solschenizyn eingeladen, eine Ansprache zu halten, während Präsident Ford auf Anraten Kissingers zur Wahrung der Détente den Russen nicht im Weissen Haus empfing. Die der AFL-CIO angehörende Dockergewerkschaft der Ostküste hat jahrelang sowjetische Schiffe boykottiert, ohne von der Regierung dazu aufgestachelt zu werden – im Gegenteil.

Die AFL-CIO widersetzt sich seit jeher der Einladung von Vertretern von Staatsgewerkschaften aus den kommunistischen Ländern. Diese Sperre ist von der Regierung Carter auf Betreiben von George McGovern, damals noch Senator, durchbrochen worden. Dem unter der Ägide Moskaus geschaffenen Weltgewerkschaftsbund blieben die amerikanischen Gewerkschaften fern, während ihm die englischen für eine kurze Zeit beitraten. Aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften trat die AFL-CIO aus, als westeuropäische Gewerkschaften auf Beziehungen zu den Kommunisten drängten. George Meany sah darin einen ersten Schritt zur Rechtfertigung der Unterwerfung

der osteuropäischen Gewerkschaften durch Partei und Staat. 1981 ist dann die AFL-CIO dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften wieder beigetreten. Den meisten amerikanischen Gewerkschaftsführern erscheint schleierhaft, was die westeuropäischen Arbeitervertreter durch Kontakte mit den Beamten der kommunistischen Pseudogewerkschaften gewinnen wollen.

Es gibt allerdings auch Ausnahmen, wie z. B. William Winpisinger, Präsident der Maschinistengewerkschaft, der sich als Sozialist bezeichnet und der bei Andropow vorsprach. Winpisinger ist ein Querschläger, der wegen seiner ausgefallenen Äusserungen bei den Massenmedien eine unangemessene Aufmerksamkeit erweckt. Als Reagan die Luftlotsen entliess, die unter Bruch eines schriftlichen Versprechens in den Streik getreten waren, vermochte Winpisinger sich nicht zu einer wirksamen Solidaritätsaktion aufzuraffen.

Kirkland war zusammen mit Paul Nitze und Eugene Rostow einer der Gründer des «Committee on the Present Danger», welches gegen die Ratifikation von SALT II, für die Konstruktion des Interkontinentalmissils MX und die Aufrüstung im allgemeinen auftrat und vor Moskau warnte. Kirkland ist auch Mitglied des Aufsichtsrats von Radio Free Europe / Radio Liberty. Die AFL-CIO befürwortete den Austritt der Vereinigten Staaten aus der Internationalen Arbeitsorganisation als diese eine allzu starke Schlagseite aufwies, Resolutionen einseitig im Sinne Moskaus und gegen Israel fasste. Nachdem eine Besserung erzielt wurde, sind die Vereinigten Staaten dieser Organisation

wieder beigetreten. Ein Präzedenzfall für das Verhalten gegenüber der Unesco war damit geschaffen.

Aufbau freier Gewerkschaften

Die amerikanischen Gewerkschaften haben Wesentliches zur Schaffung und Erhaltung freier demokratischer Arbeiterorganisationen beigetragen. George Meany und Jay Lovestone überzeugten die Besatzungsbehörden in Deutschland von der Wichtigkeit der Erhaltung freier Gewerkschaften und bewirkten die Hilfe an den Deutschen Gewerkschaftsbund, der von Schreibmaschinen bis zu den Gebäuden der nationalsozialistischen Arbeitsfront die materiellen Grundlagen erhielt, sich zu entwickeln. Irving Brown leistete als Vertreter der AFL-CIO in Paris eine herkulische Arbeit, um nichtkommunistische Gewerkschaften in den lateineuropäischen Staaten, aber auch in Afrika aufzubauen. Behauptungen, die AFL-CIO habe dafür Gelder von der CIA erhalten, wurden nie bewiesen und gehören in das Reich feindlicher Propaganda.

Die Haltung der Gewerkschaften erscheint besonders wichtig in einem Zeitpunkt, in dem die sozialistischen Parteien in Grossbritannien, Belgien, Holland, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Australien und Neuseeland Teile der von ihren Ländern übernommenen Allianzverpflichtungen in Frage stellen oder ganz aus den Bündnissystemen des Westens auszuscheren drohen. Amerikanische Gewerkschafter haben sowohl den Marshallplan wie die Atlantische Allianz gutgeheissen und die europäischen Gewerkschaften dafür

zu gewinnen gesucht. Michael J. Hogan stellt in einem Artikel in der Zeitschrift der amerikanischen Historiker («American Marshall Planners». The American Historical Review. Vol. 90. Number 1. February 1985) fest: «Die Gewerkschaften spielten eine wichtige Rolle, nicht nur indem sie kommunistische Angriffe auf den Marshallplan abwehrten, sondern indem sie die europäischen Arbeiter überzeugten, härter zu arbeiten, den Konsum zurückzustellen zugunsten von Investitionen, zeitweilige Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen und andere Opfer als notwendig zu akzeptieren, um die Produktion zu heben und eine wirksame europäische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration zu erzielen.»

Einfluss auf die Regierungspolitik

Den amerikanischen Botschaften im Ausland wurden Arbeitsattachés beigegeben, und ein Berater für Arbeitsfragen steht dem Staatssekretär zur Seite. Nicht von ungefähr ist der langjährige Inhaber dieses Amts im Staatssekretariat, Dale Good, als Berater zu Lane Kirkland hinübergewechselt. Das Staatsdepartement zieht für internationale Konferenzen und Organisationen oft Gewerkschafter zu. Kirkland hat in der Regierungszeit Reagans in drei wichtigen Kommissionen mitgewirkt, derjenigen für die Reform der Social Security (die der AHV-IV in der Schweiz entspricht), derjenigen für die Auslandhilfe und der sogenannten Kissinger-Kommission für Zentralamerika. Wegen der Haltung gegenüber Lateinamerika, wo die AFL-CIO kategorisch undemokrati-

sche Regime ablehnt, haben sich gewisse Reibereien mit protestantischen Kirchen ergeben, welche sonst mit den Gewerkschaften zusammenarbeiteten, jetzt aber den Sandinisten in Nicaragua eine demokratische Seite abzugewinnen suchen. Die AFL-CIO arbeitet seit Jahren für die Bodenreform in El Salvador; zwei ihrer Berater sind in San Salvador ermordet worden. Nach der Meinung von Experten hat die AFL-CIO mehr demokratische Führungskräfte in Lateinamerika ausgebildet als jede andere Organisation aus dem Norden.

Die AFL-CIO hat in einer ganzen Reihe von Resolutionen Regime wie dasjenige Pinochets in Chile kritisiert, sich in Südkorea für Kim Dae Jung eingesetzt, aber die Berliner Mauer und Andrei Sacharow nicht vergessen. Sie drängt die Regierung Reagan, der Schlussakte von Helsinki Nachachtung zu verschaffen und den Schutz der Menschenrechte zu verfechten. Die AFL-CIO hat bis zuletzt der Regierung im Vietnamkrieg die Stange gehalten, und sie hat die Aufnahme der Flüchtlinge aus Indochina befürwortet, obwohl es in den Vereinigten Staaten Arbeitslose gab. Mit der japanischen Gewerkschaftsorganisation Domei hat die AFL-CIO Anfang 1985 eine enge Zusammenarbeit im Internationalen Arbeitsamt, in der OECD und andern Organisationen vereinbart.

Solidarität mit der Dritten Welt

Die AFL-CIO gibt nicht nur gute Ratschläge, sondern sie fördert die freien Gewerkschaften in Lateinamerika und in Übersee durch drei In-

stitute. Das American Institute for Free Labor Development ist für Lateinamerika zuständig, das Asian American Free Labor Institute für die asiatischen Länder und der African American Free Labor Council für Afrika. Dieser letztere hilft den schwarzen Gewerkschaften in Südafrika beim Aufbau durch Rat und Tat, lädt auch ihre Führer nach den Vereinigten Staaten ein. Kirkland hält der Regierung vor: «Weder feurige Rhetorik noch zahnlose Diplomatie haben bis jetzt Erfolge gehabt.» Er verlangt eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in Südafrika durch die Internationale Arbeitsorganisation. Er heisst auch ein selektives Disinvestment gut, d. h. den Abzug gewisser ausländischer Kapitalanlagen, wenn dadurch keine Arbeiter geschädigt werden, so wie es der Vorsitzende des Rats der Gewerkschaften Südafrikas, Phirosaw Camay, verlangt.

Gegenüber den seit dem 21. November 1984 vor der südafrikanischen Botschaft in Washington und Konsulaten in andern Städten im Gange befindlichen Protestaktionen üben die Gewerkschaften Zurückhaltung. Die Aktion wurde von Randall Robinson, Exekutivdirektor der Lobby «Trans-Africa» und von Mary Frances Berry eingeleitet. Robinson bezeugte besondere Freundschaften für die Marxisten Sam Nujomo von Namibias «Swapo» sowie den von seinen Genossen ermordeten Maurice Bishop aus Grenada. Mary Berry pilgerte während des Vietnamkriegs nach Hanoi und äusserte sich später lobend über die Sowjetunion. Der Protest wurde am 21. November eingeleitet, unmittelbar nachdem die zu fast 90 Prozent für Mondale stimmenden

Schwarzen einmal mehr eine Wahlniederlage hatten hinnehmen müssen. Bis zum 15. März 1985 sind vor der südafrikanischen Botschaft 1480 Personen wegen Teilnahme an der Manifestation unmittelbar vor dem Gebäude vorübergehend festgenommen, nach Aufnahme der Personalien aber sogleich wieder freigelassen worden. Demonstrationen dürfen nur in einem bestimmten Abstand von der anvisierten Botschaft durchgeführt werden. Ob das Hissen der Fahne von Solidarnosc auf einem Gewerkschaftsgebäude gegenüber der sowjetischen Botschaft gegen dieses Verbot verstösst, ist bisher nicht abgeklärt worden. Den amerikanischen Schwarzen nützt die Demonstration vor der südafrikanischen Botschaft nichts; ob sie sich zugunsten der südafrikanischen Schwarzen auswirken wird, kann noch nicht abgeschätzt werden.

Kongresskredite für Demokraten

Die AFL-CIO wirkt auch als Verteiler der vom Kongress dem National Endowment for Democracy zur Verfügung gestellten Gelder. Diese Stiftung hat im Finanzjahr 1985 insgesamt 18,5 Millionen Dollar erhalten, die zur Hauptsache von der Handelskammer der Vereinigten Staaten und von der AFL-CIO zur Hilfe an demokratische Organisationen in andern Ländern verwendet werden. Nachdem der Botschafter der Vereinigten Staaten in Panama, James E. Briggs, im April 1984 dagegen protestierte, dass aus dieser Quelle dem Kandidaten Nicolás Ardito Barletta ungefähr zwanzigtausend Dollar zufließen, worauf dieser am 6. Mai den gegen Washington

eingenommenen Arnulfo Arias knapp schlug, versprach die Stiftung für die Demokratie, dafür zu sorgen, dass keine Unterstützungen während eines Wahlkampfes mehr ausgerichtet würden.

Leiter der Stiftung ist Carl Gershman, früherer Kabinettschef von Jeane Kirkpatrick an den Vereinten Nationen und noch vorher Exekutivdirektor der Social Democrats, U.S.A. Diese kleine Partei genießt das Wohlwollen der AFL-CIO. Sie ist wie die Anhängerschaft Michael Harringtons, die in der Demokratischen Partei Unterschlupf gefunden hat, Mitglied der Sozialistischen Internationale. Dort war Gershman ein Stachel in der Seele des Präsidenten, Willy Brandt, gewesen, weil er unverbrüchlich für Israel eintrat und weil er die Äquidistanzpolitik zwischen den Supergrossmächten verwarf, auch gegen die Aufnahme von Parteien opponierte, die weder sozialistisch noch demokratisch sind. Ein Mitarbeiter Willy Brandts proklamierte, die Social Democrats, U.S.A., müssten eigentlich aus der Internationale hinausgeschmissen werden. Das ist wohl aus Rücksicht auf die Rückendeckung durch die AFL-CIO unterblieben, die ungleich mächtiger ist als die Trüpplein der amerikanischen Sozialdemokraten.

Eintritt in den Mittelstand

Die AFL-CIO ringt mit Problemen der wirtschaftlichen Strukturveränderungen. 1955 gehörten der AFL-CIO 135 Einzelgewerkschaften an; heute sind es noch 96. In wachsender Zahl schliessen sich kleinere Gewerkschaften zusammen, um Kosten zu sparen

und um gemeinsam einen grösseren Einfluss bei Lohnverhandlungen ausüben zu können. Aber auch die Mitgliederzahl hat abgenommen. 1970 waren 27,3 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, 1984 noch 18,8 Prozent, die meisten davon in den der AFL-CIO angehörenden Gewerkschaften, andere in den dieser nicht angeschlossenen grossen Gewerkschaften der Teamsters, der National Education Association und der United Mine Workers. Der Bildungsgrad der Gewerkschafter hat sich erhöht; denn 21 Prozent ihrer Mitglieder verfügten über einen College-Abschluss, und nur 16 Prozent haben die Mittelschule (High School) nicht beendet. Nach wie vor gilt, dass die Mitgliedschaft die *Eintrittskarte in den Mittelstand* darstellt. Seit 1983 machen die weissen Männer nicht mehr die Mehrheit der Arbeiterschaft aus, sondern nur noch 49,7 Prozent. Sie sind von den Frauen und den rassischen Minderheiten überholt worden.

Der für Europäer aussergewöhnlich scheinende Zuwachs an Arbeitsplätzen hat sich vor allem auch zugunsten der Frauen ausgewirkt, von denen mehr und mehr ins Arbeitsleben eintreten. Sie machen heute 44 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft aus. Der stärkste Zustrom ist bei der Krankenpflege, bei Lehrerinnen, Sekretärinnen und Kellnerinnen, also Dienstleistungsberufen, zu verzeichnen, wo Arbeitsplatzwechsel häufig und Teilarbeit verbreitet sind, was einer Organisation in Gewerkschaften Hindernisse bereitet. 60 Prozent aller Arbeitnehmer sind in Unternehmungen mit weniger als fünfzig Beschäftigten angestellt; auch dort lässt sich eine Organisation schwer verwirklichen. Viele Industrien

sind aus dem Nordosten und Mittleren Westen nach dem Sonnengürtel abgezogen, wo die Gewerkschaften seit jeher auf Widerstand stiessen.

Ausserdem klagen die Gewerkschaftsführer über einen zunehmenden Widerstand der Unternehmer gegen das Auftreten von Gewerkschaftsorganisatoren in ihren Betrieben. «U.S. News & World Report» veröffentlichte am 11. Februar 1985 den bezeichnenden Titel: «Now it's bosses who are giving the orders again.» 21 Staaten haben das «Recht auf Arbeit» durch Gesetz garantiert und damit den «Union shop» ausgeschlossen, d.h. die Verpflichtung aller Arbeiter eines bestimmten Betriebs, einer Gewerkschaft beizutreten, wenn diese erst einmal eine Mehrheit erzielt hat. Kirkland versichert, dass der Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern funktionsbedingt sei und nicht ideologisch. Die «adversarial relationship» führt nach zähen Verhandlungen und manchmal Streiks zu Kollektivarbeitsverträgen und in Einzelfällen (Chrysler und Eastern Airlines) zur Einsitznahme von Gewerkschaftsführern in den Verwaltungsrat. 96 Prozent aller Arbeitskonflikte werden ohne Streik beigelegt im dialektischen Prozess des Verhandelns.

Weder Staatswirtschaft noch Klassenkampf

Politische Streiks oder gar ein Klassenkampf werden von den grossen Gewerkschaften abgelehnt. Der individuelle soziale Aufstieg, die vertikale und die horizontale Mobilität sind den Arbeitern wichtiger als ideologische Anliegen. Ihre Integration in das neu-

gewählte Vaterland, wo es keine feudales Erbe zu überwinden gab, war das Hauptanliegen aller Neueinwanderer und ist es heute noch. Die Gewerkschaften kämpfen für die Verbesserung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, aber unter Wahrung des Privateigentums und der privaten Wirtschaft. Verstaatlichungen oder die Einführung einer Planwirtschaft stehen nicht auf ihrem Programm.

Trotz dem Rückgang bei den Gewerkschaften zeigt sich Kirkland optimistisch. Er pflegt die Liste der Gewerkschaften zu zitieren, die Samuel Gompers, der Gründer der American Federation of Labor, aufgestellt hatte. Neun Zehntel dieser Gewerkschaften sind verschwunden, entweder von andern Gewerkschaften aufgesogen worden, oder die Berufe werden nicht mehr ausgeübt. Wer fabriziert etwa noch Spazierstöcke in Amerika? Neue Berufe sind entstanden.

Die Gewerkschaften überprüfen ihre Lage, und sie haben dabei wichtige Erkenntnisse ausgearbeitet. Ausserdem erhalten sie von den Universitäten her Ratschläge ohne Zahl, die manchmal, aber längst nicht immer, mit der Realität in Bezug stehen. Die Gewerkschaften haben nicht jederzeit eine fortschrittliche Haltung eingenommen. Die Dockarbeiter wehrten sich lange gegen die Verwendung von Containern zum Verladen von Gütern. 1964 schwenkten sie ein, nachdem ihnen die Unternehmer den Lohn auf Lebenszeit garantiert hatten, ungeachtet, ob sie arbeiteten oder nicht. Gewerkschaften verhinderten auch den technischen Fortschritt im Pressewesen, bis sie auch dort Garantien für die Zukunft erlangten, ähnlich wie die Docker.

Unverwirklichte Postulate

Noch sind es nicht lange Jahre her, dass Howard McLellan, ein Vertreter der Bundesangestellten, dem Budgetgleichgewicht den Kampf ansagte. Kirkland dagegen bekämpft jetzt das Budgetdefizit. Noch am 9. Februar 1983 schlug Kirkland ein Arbeitsbeschaffungs- und Antirezessionsprogramm vor, das den Bund 1984 rund 46 Milliarden Dollar gekostet hätte. Inzwischen ist die Rezession verschwunden, und die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Die wirtschaftliche Entwicklung hat manche Forderungen hinfällig werden lassen. Die Humphrey-Hawkins Full Employment and Balanced Growth Act, die unter Jimmy Carter angenommen worden war, nachdem sie von den Gewerkschaften gefordert worden war, ist toter Buchstabe geblieben. Die Demokratische Partei hat von der Allgemeinen Krankenversicherung, einem Hauptanliegen der Gewerkschaften, im Wahlkampf 1984 nicht mehr gesprochen. Das dräuende Defizit verbietet derartige Ausgaben. Das Postulat einer «nationalen Industriepolitik», das ganz leicht nach Sozialismus riecht, wird unter Ronald Reagan nicht im Sinne der Gewerkschaften verwirklicht werden. Diese «Industriepolitik» sollte «kranke» Industrien sanieren, zerfallene Stadtzentren wieder aufbauen, Strassen, Brücken und Häfen reparieren. Die dafür bewilligten Bundesgelder wären von einem besonderen Amt zu verwalten. Reagan schlägt dagegen die Schaffung von «enterprise zones» vor.

Der in der Forderung nach einem «Domestic content law» gipfelnde Protektionismus der Gewerkschaften, eine

Erscheinung der letzten beiden Jahrzehnte, hat keine Chance der Verwirklichung. Nach diesem Vorschlag sollten von allen Massengütern wenigstens bestimmte Teile in den Vereinigten Staaten hergestellt werden. Kirklands Forderung nach einer weiteren «freiwilligen» Einschränkung der japanischen Autoimporte ist durch Reagans Aufhebung dieser Restriktion des Freihandels hinfällig geworden. Während der Rezession haben sich grosse Gewerkschaften wie die der Automobilarbeiter auf Lohnkonzessionen eingelassen. Die Gewerkschaften müssen der Abwanderung von Industrien in benachbarte oder ostasiatische Tieflohnländer entgegenwirken. Die Veränderungen, mit denen sich die Gewerkschaften auseinanderzusetzen haben, werden durch die Statistik veranschaulicht, nach welcher die Schnellimbisskette McDonald's heute mehr Leute beschäftigt als U.S. Steel, allerdings viele Jugendliche ohne dauerhafte Bindung an den Arbeitsplatz.

Erneuerungspläne

Eine Gewerkschaftskommission unter dem Vorsitz von Thomas R. Donahue, dem Sekretär-Schatzmeister der AFL-CIO, hat einen umfangreichen Bericht über «The changing situation of workers and their unions» ausgearbeitet mit Vorschlägen, wie die Gewerkschaften neu gestärkt werden könnten. Sie konstatiert, dass «die Gewerkschaften hinter dem Tempo der Wandlungen zurückgeblieben sind». Bis 1990 werden die Dienstleistungsbetriebe drei Viertel aller Arbeitnehmer beschäftigen. Weniger als

10 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor sind jedoch gewerkschaftlich organisiert. Im Sonnen-gürtel, wohin sich die Arbeitsplätze verlagern (dank der Einführung von Klimaanlage) ist nur ein geringer Teil der Arbeitnehmer organisiert, in Texas und in Florida nur etwa 12 Prozent.

Die Gewerkschaftskommission legt eine Reihe von Vorschlägen vor, wie die Organisationsarbeit verbessert und auf weitere Arbeiterkreise ausgedehnt werden könnte. Neue Kategorien von Mitgliedern sollten geschaffen werden, Einzelmitglieder wären in Gewerkschaften aufzunehmen, auch wenn sie nicht von einem Kollektivarbeitsvertrag erfasst würden. Über die Lohnverhandlungen hinaus sollen den Gewerkschaftern neue Dienstleistungen offeriert werden, z. B. Arbeitsvermittlung oder zusätzliche Versicherungen. Ungefähr die Hälfte der 96 in der AFL-CIO vereinigten Einzelgewerkschaften zählen weniger als 50 000 Mitglieder; ihr Zusammenschluss zu kräftigeren Gewerkschaften soll ermutigt werden.

Die Empfehlungen sind zumeist organisationstechnischer Natur. Ausserdem muss die AFL-CIO vorsichtig zwischen der Scylla der konservativen Reaganomics und der Charybdis linksreaktionärer (protektionistischer und isolationistischer) Tendenzen hindurchsteuern. Ein angesehener Beobachter, David Broder von der «Washington Post», glaubt, mit dem Bericht der Gewerkschaftskommission zeige die AFL-CIO eine Wende an; denn sie verzichte auf blosserückzugsaktionen zur Bewahrung wirtschaftlicher und sozialer Vorzugstellungen und unternehme es, den

Rückstand gegenüber der Entwicklung, den die Kommission festgestellt hat, aufzuholen. Die AFL-CIO will neue Perspektiven eröffnen; sie trägt

dabei dem Generationenwechsel in der Führung der einzelnen Gewerkschaften Rechnung.

Hans E. Tütsch

Der Staat in der Marktwirtschaft

Von Marktwirtschaft ist viel die Rede: Für die meisten ist Marktwirtschaft gleich Privatwirtschaft. Die freie Marktwirtschaft ist verwirklicht, wenn sie tun und lassen können, was sie wollen. Auswüchse dieser Grundhaltung gibt es nicht erst heute. Sie haben die Marktwirtschaft in Misskredit gebracht. Zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung kommt es erst, wenn es gelingt, die Wählermehrheit zu überzeugen: Die Marktwirtschaft ist das beste Wirtschaftssystem für alle.

Ohne Privateigentum gibt es keine freiheitliche Marktwirtschaft. Jeder muss sparen und investieren können. So bildet er Eigentum. Darüber soll er verfügen können! Das Privateigentum ist zu gewährleisten. Ist dies nicht der Fall, so fehlt der Anreiz, Eigentum zu bilden, dafür Sorge zu tragen und es zu investieren. Es ist niemand (mehr) bereit, Risikoträger zu sein oder zu werden, wenn sein Eigentum gefährdet ist und die Erträge nicht (mehr) bei ihm anfallen. Man muss es klar aussprechen: Ohne Chancen auf Gewinn, Kapitalerhaltung und -vermehrung finden sich immer weniger Risikoträger. Darunter leidet die Wirtschaft. Sie zeichnet sich durch Kapitalmangel aus, die erwünschten Investitionen bleiben aus. Das schwächt und lähmt die Wirtschaft und schmälert

den Wohlstand. Vom Privateigentum haben nicht nur die Eigentümer Nutzen, sondern auch jene, die über die Investitionen Arbeit und Einkommen erhalten.

Zur Marktwirtschaft gehört auch die Vertragsfreiheit. Diese darf sich nicht nur auf Eigentümer und Unternehmer beschränken. Sie gilt ebenso für die Arbeitnehmer und andere (soziale) Gruppen. Letztlich soll jeder mit jedem vereinbaren dürfen, was er will. Auf was sich zwei (Vertrags-) Parteien einigen, ist ihre Sache. Je mehr die Vertragsfreiheit eingeschränkt wird, desto geringer sind die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung. So werden Chancen vertan, die wirtschaftliche Aktivität lässt nach: Sie produziert weniger Wohlstand.

Für die Marktwirtschaft sind individuelle Handlungsspielräume notwendig. Wer sich wirtschaftlich betätigen will, der braucht eben einen grösstmöglichen Handlungsspielraum. Nur so kann er jene Chancen wahrnehmen, die er erblickt. Im Wirtschaftsleben muss sich jeder laufend neuen Gegebenheiten anpassen: Ohne ausreichenden Handlungsspielraum kann er das aber nicht. Je mehr er fehlt, desto weniger kann sich die Wirtschaft erneuern und wachsen.

Die Marktwirtschaft steht und fällt

mit dem Wettbewerb. Das Wirtschaftssystem muss so offen sein, dass jeder Zutritt hat. Nur so kann er zeigen, was er kann. Je mehr der Wettbewerb funktioniert, desto besser werden die Konsumenten in jeder Beziehung versorgt. In der Marktwirtschaft geben sie letztlich den Ausschlag darüber, was zu welchen Preisen produziert wird. Eine ideale Konkurrenzsituation ist verwirklicht, wenn es so viele Anbieter gibt, dass keiner den (Markt-)Preis beeinflussen kann. So wird nämlich (nur) nach – tatsächlichen – Leistungen entlohnt. Der Wettbewerb ist nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmer und andere Gruppen ein Gebot. Nur dann kommen (Höchst-)Leistungen, Innovationen und Wirtschaftlichkeit zustande. Man strengt sich eben an, weil man Aufstiegschancen – im Wettbewerb mit anderen – sieht. Der Wettbewerb mag unangenehm erscheinen, er produziert aber das beste wirtschaftliche Ergebnis. Davon profitieren letztlich alle!

Zur Marktwirtschaft gehört die freie Preisbildung. Sie gewährleistet, dass jene, die sich am Wettbewerb beteiligen, nicht um die Früchte ihrer Anstrengungen gebracht werden. So haben sie Grund genug, dem Wettbewerb nicht fernzubleiben. Dies würde nämlich der Wirtschaft Schaden zufügen. Je besser der Wettbewerb spielt und je freier sich die Preise bilden können, desto mehr ist gewährleistet, dass die Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden, wo sie den grössten Ertrag abwerfen. Daraus geht die maximale wirtschaftliche Effizienz hervor. Man darf eines nie übersehen: Die Preise spiegeln die Knappheitsverhältnisse wider. Sind

Güter knapp und die Preise entsprechend hoch, so ist es ein Anreiz, mehr von diesen Gütern zu erzeugen. Hohe und steigende Preise bewirken eine automatische Überwindung von Engpässen. Umgekehrt haben niedrig gehaltene Preise in der Regel Engpässe zur Folge: Es ist nämlich immer weniger interessant, bei zu niedrigen Preisen zu investieren und zu produzieren.

Externe Kosten und Erträge

Die Marktwirtschaft besteht nicht nur aus privatwirtschaftlichen Elementen. Sie ist um zwei wichtige Bedingungen zu ergänzen: Zum einen müssen externe Kosten ihren Verursachern angelastet und externe Erträge mit Subventionen abgegolten werden. Im ersten Fall gehen sowohl die privaten oder betriebswirtschaftlichen als auch jene Kosten, die ausserhalb – bei Dritten – anfallen, in die Preisbildung ein. Im zweiten Fall werden jene finanziell belohnt, die externe Erträge produzieren, die sie nicht in ihren Marktpreisen abgelten lassen können. Zur Marktwirtschaft gehören unzertrennbar: Das Verursacher- und das Nutzniesserprinzip! Wer Kosten bei anderen verursacht, muss dafür gerade stehen. Wer anderen Nutzen bringt, ist dafür zu belohnen.

In der Marktwirtschaft wird ausschliesslich nach Leistungen entlohnt. Jene Einkommensverteilung, die dabei zustande kommt, d.h. die Primärverteilung, ist marktgerecht. Je besser der Wettbewerb funktioniert, desto gerechter ist diese Verteilung: Jeder wird dann nämlich leistungsgerecht entlohnt. Arbeitnehmer und Unter-

nehmer erhalten das, was ihnen wirtschaftlich zusteht. Das hat den entscheidenden Vorteil, dass sie um so mehr Initiative entwickeln, je sicherer sie sind, dass die Früchte ihrer Anstrengungen bei ihnen und nicht anderswo anfallen. Es ist der entscheidende Grund, wieso die Marktwirtschaft mit dem grösstmöglichen wirtschaftlichen Ergebnis oder Wohlstand für alle verbunden ist.

Nun ist es offensichtlich: marktwirtschaftliche Bedingungen spielen sich nicht von selbst ein. Ökonomisch gesehen ist jedermann daran interessiert, Leistungen möglichst billig zu erhalten. Kaum jemand ist bereit, freiwillig für externe Erträge zu bezahlen. Ebenso ist jedermann bestrebt, seine Kosten möglichst niedrig zu halten: Er versucht, einen möglichst grossen Anteil anderen aufzubürden, sie zu externalisieren. Das ist rationales ökonomisches Handeln aus der Sicht des einzelnen. Volkswirtschaftlich treten dabei aber entsprechende Fehlleistungen im Einsatz von Produktionsfaktoren auf.

Der Staat hat die Aufgabe, jene (Rahmen-)Bedingungen zu schaffen und zu sichern, welche die bestmögliche Entfaltung der Marktwirtschaft gewährleisten. Er hat zu verhindern, dass die marktwirtschaftliche Ordnung geschwächt oder sogar ausgehöhlt wird. Die Marktwirtschaft ist das beste Wirtschaftssystem. Sie ist im Interesse aller vollumfänglich zu verwirklichen.

Das Privateigentum ist tatkräftig zu fördern. Je mehr Sparer und Eigentümer, desto breiter ist die Marktwirtschaft – auch politisch – abgestützt. Das freiwillige Sparen hat Vorrang vor dem staatlich verordne-

ten (Zwangs-)Sparen. Gespart wird, wenn die Erträge stimmen und der Fiskus auf die – nachträgliche – Bestrafung von Sparer und Eigentümer verzichtet. Der Staat muss das Eigentum aber auch schützen: Vor Schädigungen durch einzelne und Gruppen. Die Eigentümer dürfen nicht «sozial» eingebunden werden. Die Eigentumsrechte sind zu stärken. Es ist entscheidend, dass der Eigentümer im Rahmen der Vertragsfreiheit – allein – über sein Eigentum verfügen kann. Nur unter solchen Voraussetzungen erfolgt die erwünschte breite Bildung von Eigentum. Der Wirtschaft wird dann auch genügend Kapital zur Verfügung gestellt. Der einzelne ist nur dann bereit, auf Dauer selbst vorzusorgen, wenn er vor Übergriffen der politischen Mehrheit und damit des Staates sicher ist.

Die Vertragsfreiheit darf nicht nur auf dem Papier stehen: Sie ist zu stärken. Dies gilt für alle Bereiche unserer Gesellschaft. Für Mieter und Vermieter, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, für Produzenten und Konsumenten. Die Praxis kennt Verhandlungen zwischen Vertretern der Interessengruppen. Werden die Ergebnisse für allgemein verbindlich erklärt, so schränkt schon dies die individuelle Freiheit wesentlich ein. Dies hemmt den Wettbewerb zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aber auch innerhalb dieser beiden Gruppen. Es ist deshalb von grundsätzlicher Bedeutung, dass der Staat auf Verordnungen und Gesetze verzichtet, welche die Vertragsfreiheit zusätzlich begrenzen.

Der Staat hat die individuellen Freiheiten zu gewährleisten. Die Marktwirtschaft lebt von Handlungsspiel-

räumen für den einzelnen. Anders kann er sich nicht betätigen. Die Interventionen des Staates haben sich auf Korrekturen von Abweichungen von der marktwirtschaftlichen Ordnung zu konzentrieren. Es ist entscheidend, dass er sich um die geringstmögliche Regelungsdichte bemüht. Er darf die Wirtschaft nicht aus rein politischen Gründen unter Kontrolle bringen. Soviel Marktwirtschaft wie möglich, soviel Bürokratie wie – systembedingt – nötig, ist die Devise.

Systemfremde Elemente

Im Mittelpunkt der Marktwirtschaft steht der Wettbewerb. Es braucht eine optimale Mischung zwischen kleinen, mittleren und grossen Unternehmen, um das Beste aus der Marktwirtschaft herauszuholen. Die Grossen dürfen den Markt nicht an sich reißen, sonst leidet der Wettbewerb. Damit dies nicht geschieht, ist eine Fusionskontrolle erforderlich. Nur so kann verhindert werden, dass «marktmächtige Unternehmen» entstehen. Gibt es sie aber schon, so sind sie zu entflechten. Nur so ist gesichert, dass die Klein- und Mittelbetriebe im Wettbewerb bestehen können. Sie haben unter solchen Bedingungen keine Veranlassung, zu Absprachen Zuflucht zu nehmen, die den Wettbewerb begrenzen. Die marktwirtschaftliche Maxime lautet: Vorbeugende Massnahmen haben Vorrang vor der Bekämpfung von Missbräuchen.

Je besser der Wettbewerb funktioniert, desto mehr sind Eingriffe in die freie Preisbildung abzulehnen. Preisüberwachung und Preisvorschrif-

ten sind systemfremde Elemente in der Marktwirtschaft. Der Staat hat sich aus der freien Preisbildung herauszuhalten. Selbst starke Preissteigerungen sind kein Anlass, um zu intervenieren. Sie zeigen Engpässe an und sind zugleich – finanzielle – Voraussetzung für ihre Überwindung.

Nun gibt es auch in der Marktwirtschaft «natürliche Monopole». Es können Gewinne entstehen, die nicht zu rechtfertigen sind: Die Preise widerspiegeln nicht entsprechende Leistungen. Es versteht sich von selbst: Der Staat muss hier – im öffentlichen Interesse – mit Auflagen und Preiskontrollen arbeiten. Er soll aber nicht selbst unternehmerisch tätig werden.

Aufgrund einer langjährigen Erfahrung kann man nicht genug betonen: Der Staat hat dem Strukturwandel der Wirtschaft bei marktwirtschaftlichen Spielregeln den freien Lauf zu lassen. Jede Art von Protektionismus – nach innen und nach aussen – passt nicht in eine Marktwirtschaft. Was nicht konkurrenzfähig ist, hat auszuschneiden! Werden Produktionsfaktoren in solche Unternehmen und Branchen entgegen den Marktkräften gebunden, so leidet darunter die Wirtschaftlichkeit. Die Wirtschaft muss stets für Innovationen offen sein: Nur so bleibt sie leistungsfähig.

In der Marktwirtschaft sind Subventionen nur für gemeinwirtschaftliche Leistungen auszurichten. Hier ist entscheidend, politisch vorgegebene Ziele, z. B. in der Versorgung eines Landes in Krisen- und Kriegszeiten, mit den geringstmöglichen Kosten zu realisieren. Was diesem Kriterium nicht zu genügen vermag, darf nicht

mit Subventionen bedacht werden: Die Subventionierung muss strikt zielgerecht erfolgen, damit sie nicht in Geschenke, Privilegien und (falsche) Strukturhaltung ausartet!

Ein zentrales Problem darf nicht übersehen werden: Missbrauch kann mit dem Privateigentum, der Vertragsfreiheit, individuellen Handlungsspielräumen und im Wettbewerb betrieben werden. Die Freiheit ist jedoch keine Einladung zu Missbräuchen. Auch das versteht sich von selbst: Missbräuche sind zu bekämpfen. Dazu braucht es eine staatliche Gesetzgebung. Damit aber nicht Tür und Tor für Interventionen geöffnet werden, ist es entscheidend, die Missbräuche operabel zu definieren: Missbräuche sind nichts anderes als Verletzungen von marktwirtschaftlichen Regeln. Wer diese nicht beachtet, der verursacht (externe) Kosten eben zu Lasten von anderen. Dafür gilt das Verursacherprinzip: Er muss für seine Missbräuche – finanziell – vollumfänglich aufkommen.

Nicht selten werden (marktwirtschaftliche) Missbräuche als solche nicht erkannt oder sehr unterschiedlich behandelt. Um «Gerechtigkeit» walten zu lassen, sind alle wirtschaftlichen Betätigungen – unabhängig von den Interessengruppen – in gleicher Weise zu erfassen und zu beurteilen. Missbräuche treten nicht nur bei Mieten, Kündigungen, Zinsen, Gewinnen und Preisen auf. Es gibt sie auch bei Lohn- und Sozialforderungen, die von (anderen) mächtigen Gruppen durchgesetzt werden. Auch der Staat ist nicht frei von Missbräuchen. Solche können sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben vorliegen.

Daran schliesst sich die Frage, was der Staat in der Marktwirtschaft selbst tun darf, wie er diese Aufgaben lösen und finanzieren muss, damit er systemkonform bleibt. Die Devise lautet: Soviel Marktwirtschaft wie möglich, soviel Staat wie unbedingt nötig! Dies läuft unübersehbar auf den marktwirtschaftlich erforderlichen Mindeststaat hinaus.

Aufgabenteilung

Für die Aufgabenteilung zwischen Privat und Staat gilt: Was Private und ihre Organisationen (Verbände) ebenso gut tun können, ist ihnen zu überlassen. Aus diesen Bereichen hat sich der Staat zurückzuziehen. Entscheidend ist die Effizienz in der Lösung von Aufgaben. Wer dies am kostengünstigsten kann, der soll zum Zuge kommen. Nun wissen wir aber, dass die private Initiative nicht immer in ausreichendem Masse vorhanden ist: Ohne den Staat würden bestimmte Leistungen nicht erbracht. Er kann dafür finanzielle Anreize geben, bevor er – nötigenfalls – selbst tätig wird.

Auch die Anhänger des Mindeststaates bestreiten nicht, dass bestimmte Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden müssen: Dazu gehören die innere und äussere Sicherheit, das Rechtswesen, das Währungs- und Zollwesen, die Aussenbeziehungen und eine allgemeine Verwaltung. Es handelt sich um die klassischen Aufgaben des «Nachtwächterstaates». In Krisen- und Kriegszeiten ist eine zusätzliche Staatstätigkeit angezeigt: Zur Milderung der negativen Auswirkungen in allen Lebensbereichen. Sind diese Ziele erreicht und hat sich

die Lage normalisiert, so hat sich der Staat aus solchen Aktivitäten zurück-zuziehen.

Alle anderen vom Staat gegenwärtig wahrgenommenen Aufgaben können – faktisch – auch privatwirtschaftlich gelöst werden. Um jene Mindestversorgung zu sichern, die im öffentlichen Interesse liegt, kann der Staat Auflagen machen! Sie sind allerdings – marktwirtschaftlich – mit (kosten-deckenden) Subventionen abzugelten. Dem Staat kommt hier lediglich eine subsidiäre Funktion zu: Er gleicht eine fehlende private Initiative aus. Ist der Staat aber selbst in – reprivatisierungsfähigen – Bereichen tätig, so darf er kein Monopol für sich beanspruchen. Er muss private Konkurrenten zulassen, sofern sie jene Leistungen zu erbringen bereit sind, die vom Staat verlangt werden. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Anbieter hat er – marktwirtschaftlich – erneut mit Subventionen aufzuheben.

Zu einer Marktwirtschaft gehört auch eine systemkonforme Finanzierung des Staates. Dies kann nur heissen: Wo immer möglich, ist das Äquivalenzprinzip anzuwenden. Wer Staatsleistungen in Anspruch nimmt, hat sie als Nutzniesser zu bezahlen. Soll der Staat keine Gewinne machen, so sind die entsprechenden Beiträge, Gebühren, Tarife oder Zwecksteuern kostendeckend anzusetzen. Der marktwirtschaftliche Staat ist eine Art von Dienstleistungsbetrieb, der seine Leistungen kostengünstig und kostendeckend nach dem Äquivalenzprinzip erbringt und abgibt. Nur so wird ausreichend Druck ausgeübt, dass der Staat seine Finanzmittel sparsam verwendet.

Die marktwirtschaftliche Bedeutung der Anwendung des Verursacherprinzips kann man gar nicht überschätzen. Es geht um die Glaubwürdigkeit marktwirtschaftlicher Grundsätze. Die Widerstände gegen die Anlastung von (externen) Kosten bei ihren Verursachern sind gross. Wer möchte sich nicht von Kosten entlasten, um so höhere Erträge, Gewinne oder Einkommen zu erzielen. Dies ist zwar verständlich, aber verwerflich. Je mehr auf die Internalisierung externer Kosten verzichtet wird, desto grösser sind die Verzerrungen im Wettbewerb, in der Wirtschaftsstruktur und in der Einkommensverteilung. Es entstehen nicht auf Leistungen beruhende Vorteile. Ziel ist die grösstmögliche Wirtschaftlichkeit, was nach dem Verursacherprinzip ruft.

Je besser der Staat die marktwirtschaftliche Ordnung zu sichern vermag und je konformer er seine Massnahmen darauf abstimmt, desto leistungsfähiger ist die Wirtschaft: Sie schafft den grösstmöglichen Wohlstand. Davon profitieren alle: Ihre Einkommen sind höher als in jedem anderen Wirtschaftssystem. Jeder Abstrich an der marktwirtschaftlichen Politik ist – unvermeidlich – mit einer verminderten Wirtschaftlichkeit, d.h. mit Verlusten an Wohlstand verbunden. Dies ist zu vermeiden! Je «mehr Marktwirtschaft» verwirklicht ist, desto weniger gibt es Privilegien, Missbräuche und Bürokratie. Dies ist Grund genug, sich auch politisch für die Marktwirtschaft stark zu machen.

Für nicht wenige ist die Marktwirtschaft «hart», «unmenschlich» und «anonym». Sie lehnen die «unsichtbare Hand», den Marktmechanismus

ab. Von dieser «Ellenbogenwirtschaft» wollen sie nichts wissen. Dabei wird offenbar übersehen: Der Wohlstand fällt nicht vom Himmel, er muss erarbeitet werden. Der Marktmechanismus sorgt dafür, dass leistungsgerecht entlohnt wird. Nur bei einem ausreichend funktionierenden Wettbewerb ist das Wirtschaftssystem so offen, dass jedermann – in jeder Beziehung – aufsteigen kann. Dies sind alte Gerechtigkeitspostulate, die in Vergessenheit geraten sind. So gesehen ist die Marktwirtschaft sozial! Zu Recht wird man einwenden, dass nicht jeder im Wettbewerb bestehen kann. Er ist nicht immer imstande, jene Einkommen selbst zu erarbeiten, auf die er existenziell angewiesen ist. Die Marktwirtschaft ist daher um ihre sozialen Komponenten zu erweitern: Soziale Marktwirtschaft ist die Devise!

Drei Regeln

In der Marktwirtschaft ist der Staat in vielfältiger Hinsicht sozial tätig. Das Beste, was er überhaupt tun kann, ist die Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Dies ist eine soziale Leistung par excellence. Sie ist nämlich Voraussetzung, um darüber hinaus soziale Verpflichtungen dauerhaft übernehmen zu können. Die Marktwirtschaft ist der beste Garant des sozialen Rechtsstaates.

In der sozialen Marktwirtschaft geht es vorrangig um drei Regeln, die unbedingt zu beachten sind. In der Masse wie sie verletzt werden, verlässt man das «Soziale» in der Marktwirtschaft und begibt sich auf den Weg der Systemveränderung.

1. Die tragenden Funktionen der Marktwirtschaft wie Arbeit, Kapital

und Eigentum dürfen weder vermengt noch abgebaut werden. Die zahlreichen Massnahmen, die unter «soziale Einbindung» von Eigentümern und Unternehmern laufen, sind auch in der sozialen Marktwirtschaft systemwidrig: Sie sind nichts anderes als sozialistische Politik!

Das herausragende Problem ist das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Die Meinung ist weitverbreitet, über die verschiedenen Stufen der Mitbestimmung stehe es den Arbeitnehmern zu, auch vermehrt über das Kapital zu entscheiden. Dies ist grundsätzlich abzulehnen. Das Kapital gehört nicht den Arbeitnehmern. Genauso: Die Arbeitnehmer sind nicht das Eigentum der Unternehmer. Zulässig ist in der sozialen Marktwirtschaft jede (betriebliche) Mitbestimmung, welche eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bringt: Allerdings aus der Sicht sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber! Was, wo, wie und wann produziert wird, ist die ausschliessliche Angelegenheit der Eigentümer oder jener, die das Kapital vertreten. Die Arbeitnehmer erhalten die ausgehandelten Löhne und Gehälter, der Unternehmer hat das Anrecht auf den vollen, verbleibenden Betrag, der marktwirtschaftlich bestimmt ist. Jeder Arbeitnehmer kann sich am Kapital von Unternehmen beteiligen. Er wird so Aktionär und Kapital-Risiko-träger! Es steht jedem Unternehmen frei, mit den Arbeitnehmern zu vereinbaren, was es will. Es muss aber freiwillig geschehen. Weder Gewerkschaften noch Staat dürfen dabei Druck ausüben.

Für die Anhänger einer zunehmenden Sozialpartnerschaft mögen diese Grundsätze als «unsozial» gelten. Sie

sind es aber nicht: Eine saubere Trennung der unterschiedlichen Funktionen von Arbeit und Kapital schafft Freiheit sowohl für Arbeitnehmer als auch für Unternehmer. Ohne Grenzen in der gegenseitigen Beeinflussung kommt es automatisch zu einem – wachsenden – Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital. Es gibt den «Unternehmerstaat» oder den «Gewerkschaftsstaat». Beide sind systemwidrig! Je mehr soziale Rücksicht genommen wird, desto weniger erweist sich die sich degenerierende Marktwirtschaft als fähig, den wachstumsbedingten und wachstumserforderlichen Strukturwandel zu vollziehen. Sie altert zum Nachteil aller! Wer die soziale Marktwirtschaft grenzenlos weiterentwickeln will, der läuft Gefahr, sie zu vernichten.

2. In der sozialen Marktwirtschaft ist klar zu unterscheiden zwischen der Allokation und der Distribution oder (Einkommens-)Verteilung. Die Primärverteilung, wie sie aus der Marktwirtschaft hervorgeht, ist in sozialer Hinsicht zu überprüfen und – nötigenfalls – zu korrigieren. Entscheidend ist aber: Auf die kaum noch zählbaren Eingriffe in die Allokation, die nicht diese, sondern die Einkommensverteilung anvisieren, ist gänzlich zu verzichten. Massnahmen zugunsten einer gleichmässigeren Einkommensverteilung sind im nachhinein, wenn das unverfälschte marktwirtschaftliche Verteilungsergebnis feststeht, zu ergreifen. Diese Sekundärverteilung geschieht heute zum einen über öffentliche Abgaben aller Art und zum anderen über Einkommenstransfers an private Unternehmen und Haushalte. Sie sind nach sozial-marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu gestalten.

Die Einkommensübertragungen haben jene Einkommen zu sichern, die sozial-marktwirtschaftlich erwünscht sind. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger als:

a) Jedermann wird gegen die materielle Existenz gefährdende Einkommensausfälle, wie z. B. von Arbeitslosigkeit oder Alter, abgesichert.

b) Zum Schutze gegen individuell untragbare Kosten von Wechselfällen des Lebens, wie z. B. Unfall, Krankheit oder Invalidität, ist eine obligatorische Grossrisiken-Versicherung erforderlich.

Diese beiden Zwangsversicherungen drängen sich auch im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips auf. Der Staat müsste ohnehin auch dann umverteilen, wenn die einzelnen nicht selbst – freiwillig – vorgesorgt haben. Jene, die eigenverantwortlich vorgesorgt hätten, müssten für die Versäumnisse von anderen aufkommen. Über diese Mindest-Versicherungen hinaus liegt es im Ermessen eines jeden, ob und wie er freiwillig zusätzlich vorsorgen möchte. Er ist dabei Nutzniesser und Kostenträger zugleich!

Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet Mindestleistungen des sozialen Rechtsstaates, die unabhängig von Zahlungen der einzelnen an die entsprechenden Versicherungen geleistet werden. Folgerichtig müsste der Staat jene, deren Einkommen nicht über dem Existenzminimum liegen, von der Beitragspflicht an Versicherungen befreien. Diese Einnahmehausfälle kann er über erhöhte Beiträge der anderen Versicherten wettmachen. So können die einzelnen Versicherungsträger organisatorisch und finanziell verselbstständigt werden. Anzuwenden sind das Nutzniesser- und Verursacherprinzip.

Die Wirtschaft darf nur in dem Masse in die Finanzierung der Versicherungsträger involviert werden, als sie Kosten verursacht. Nutzniesser sind Personen oder private Haushalte. Sie haben – als Versicherte – die Versicherungen ohne öffentliche Subventionen zu finanzieren. Die sozial-marktwirtschaftliche Umverteilung geschieht – eben – innerhalb von Versicherungen und zwischen Versicherten mit unterschiedlichen Einkommen.

c) Die Konzentration der sozialen Verpflichtung in der Marktwirtschaft auf die Ausgestaltung der – beiden – Versicherungsträger macht den Weg frei, die anderen Staatsleistungen – wo immer möglich – nach dem Äquivalenzprinzip zu finanzieren. Damit ist Gewähr geboten, dass auch in diesem – wichtigen – Bereiche eine – weitgehend – marktanaloge Steuerung der Allokation von Ressourcen verwirklicht wird. Je mehr der soziale Rechtsstaat die sozial-marktwirtschaftlichen Anliegen zu befriedigen vermag, desto konsequenter darf man die anderen Staatsleistungen nach dem Verursacher- und Nutzniesserprinzip finanzieren.

Die westlichen Industrieländer haben nicht erst heute die soziale Marktwirtschaft verlassen. Sie befinden sich

– mehr oder weniger – jenseits ihrer Grenzen. Im Zuge der Erosion des Systems nahm die Leistungsfähigkeit ab. Es dominieren die kaum zahl-, überseh- und beherrschbaren Einzelmassnahmen zur Korrektur der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung. Immer mehr Personen und Gruppen sind bestrebt, das Maximum herauszuholen. Die Wirtschaft und der Staat werden zunehmend von politischen Kräften dominiert, welche die Marktgesetze ablehnen. Ihr Ergebnis ist für sie ungerecht, die Marktwirtschaft hat aus ihrer Sicht versagt. So darf es nicht erstaunen, dass der Ruf nach noch mehr Staatseingriffen ertönt. In dem Masse wie ihm nachgegeben wird, erfolgt ein Abbau von «Marktwirtschaft» und ein Ausbau von Umverteilung und «sozialer Einbindung». Die schwächt und höhlt schliesslich die soziale Marktwirtschaft – noch mehr – aus! Es ist abzusehen, was langfristig geschieht: Wir bewegen uns weiter «vorwärts» auf dem Wege des schleichenden Sozialismus. Er endet in Armut und Zwang. Es ist daher überfällig – auch bei uns –, jene Wende einzuleiten und durchzuführen, die uns in die soziale Marktwirtschaft zurückführt.

Walter Wittmann

Nook Farm – ein einzigartiges Parkmuseum in Hartford

Hartford, die Hauptstadt des amerikanischen Staates Connecticut, wurde zu einem Begriff, als dort 1981 die Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf ausgetragen wurde und Denise Biellmann

die Goldmedaille gewann. Aber da Sport eine einseitige Sache ist, bekam man nur die Sporthalle zu sehen und nichts von dem kulturellen Kleinod, das diese Stadt birgt. Es ist eine wald-

reiche Hügellandschaft in West Hartford, die John Haynes, dem ersten Gouverneur der Kolonie Connecticut, als sogenannte Waldparzelle zugewiesen wurde. Wer ihr den Namen Nook Farm gegeben hat, weiss man nicht; gewiss ist nur, dass an dem Ort, der jetzt unter Denkmalschutz steht, ein ansehnlicher Bauernhof gewesen sein muss.

Ihre grosse Zeit erlebte Nook Farm von 1853 bis 1873. Da wohnten hier in den Häusern, die heute zu besichtigen sind, Koriphäen des Geisteslebens, die untereinander regen gesellschaftlichen Verkehr pflegten und deren Interessen um Politik, Religion, Journalismus und Literatur sowie um die Frauenbewegung kreisten. Nook Farm war eine der ersten amerikanischen Künstlerkolonien. John Hooker, der Grossvater von Harriet Beecher Stowe, der zusammen mit seinem Schwager Francis Gillette als erster ein grosses Stück Land gekauft hatte, schreibt in seinen Erinnerungen: «Die frühen Zuzügler waren im allgemeinen Verwandte oder persönliche Freunde, und wir bildeten eine kleine Gemeinde für uns – jedem stand es frei, die andern zu besuchen, und jeder führte ein offenes Haus. Oft versammelten wir uns zu einem Gesellschaftsabend, oder wir luden Gäste ein, meistens eine Persönlichkeit, die sich in Politik, Literatur oder Philanthropie ausgezeichnet hatte. Es lief ein merkwürdiger Faden der Verwandtschaft durch unsere kleine Gemeinde.» Zuerst wohnte John Hooker in einem alten Bauernhaus, später baute er die Forest Street, an der die meisten freistehenden Häuser zu liegen kamen, und errichtete sein eigenes Haus, in dem Mark Twain von 1871 bis 1874

als Mieter wohnte, das immer noch steht und für Wohnungen renoviert worden ist. Im Haus seines Schwagers wuchs der berühmte Schauspieler und Dramatiker William Gillette auf, der in seiner Jugend eine Zeitung gründete, selbst druckte und von den Koriphäen auf Nook Farm Beiträge erbettelte. In der Remise seines Vaters führte er zusammen mit einem andern zukünftigen berühmten Schauspieler, Otis Skinner, alle möglichen Stücke auf, obwohl sein Senator-Vater es ungern sah, dass William Gillette, dessen Weg als Schauspieler vorgezeichnet war, sein Studium in Hartford aufgab. Den höchsten Ruhm erwarb William Gillette in New York und London als Sherlock Holmes in der von ihm verfassten Dramatisierung der Detektivgeschichten von Conan Doyle. Er spielte die Rolle tausenddreihundertmal, zum letztenmal 1932. Aber William Gillette baute sich kein Haus auf Nook Farm, wo mehrere seiner Stücke entstanden waren, sondern ein selbstentworfenes «Rheinschloss» in Hadlyme, eine Autostunde von Hartford entfernt, das er Seventh Sister nannte, das heute, zur Besichtigung freigegeben, jedoch nur Gillette Castle genannt wird und von den einen als Gipfel des Kitsches abgetan, von den andern als phantastisches Märchenschloss gepriesen wird. Es heisst, es habe für das Schloss in dem Film «Citizen Kane» als Kulisse, zumindest aber als Muster gedient.

Auf Nook Farm spielte die Familie Beecher eine grosse Rolle. Die führende Gestalt war Catherine Beecher, die heute ebenso wie ihre Schwester Mary Beecher Perkins und ihre Halbschwester Isabella Beecher Hooker fast vergessen ist, obwohl sie mit

ihrem Buch «The American Woman's Home», das sie mit Harriet Beecher Stowe zusammen geschrieben hat, grossen Erfolg hatte. Catherine kam 1823 nach Hartford und gründete hier ein Frauenseminar. Ihrer Ansicht nach sollten die Töchter einflussreicher Familien eine gründliche Ausbildung in Hauswirtschaft und Kindererziehung geniessen, weil sie die Hauptbewahrer einer hohen Moral in der Gesellschaft seien. Im Gegensatz zu ihrer fanatischen Halbschwester Isabella war Catherine alles andere als eine Suffragette. Isabella kämpfte so wild für das Frauenstimmrecht, dass sie den Teilnehmern an den Gesellschaftsabenden oft ziemlich auf die Nerven ging. Erregte Diskussionen löste ein Vorfall aus, der durch alle Zeitungen ging. Fünf Schwestern Smith in Glastenbury, Connecticut, lehnten sich gegen die ungerechten Steuern auf, die ihnen als Frauen auferlegt wurden. Bei einer Versammlung wurde ihnen der Mund verboten. Jedes Jahr nahm ihnen der Staat sechs von sieben Kühen fort, und jedes Jahr kauften die Schwestern sie auf einer Versteigerung zurück. Isabella sah darin eine günstige Gelegenheit. Im Falle der Schwestern Smith ergriff das Publikum für diese Frauen Partei, und so konnte Isabella es durchsetzen, dass im Staat Connecticut 1867 den Frauen das Recht zuerkannt wurde, sich gegen ungerechte Steuerbelastung zur Wehr zu setzen. Isabella sympathisierte schon deshalb mit den Schwestern Smith, weil sie einander geschworen hatten, nie zu heiraten. (Aber Julia Smith brach den Eid: Sie heiratete mit 74 Jahren. Sie wurde 94 Jahre alt.)

Harriet Beecher Stowe war das glatte Gegenteil ihrer Halbschwester.

Sie geriet ganz unter den Einfluss ihrer elf Jahre älteren Schwester Catherine, und in dem erwähnten gemeinsamen Buch propagierte sie die Rolle der Frau als Hauswirtschafterin und Bewahrerin von Zucht und Ordnung. Dieses Buch wurde von der amerikanischen Mittelklasse begeistert aufgenommen, und viele Häuser wurden nach dem angegebenen Muster gebaut. Denn Harriet schwor auf die vier Elemente Feuer (Herd in der Küche), Wasser (sanitäre Einrichtung), Luft (grosse Fenster) und Erde (Pflanzen).

Ihr Haus auf Nook Farm, neben dem von Mark Twain Hauptanziehungspunkt auf dem Hügel in West Hartford, Oakholm genannt, wurde denn auch nach diesen Grundsätzen 1864 gebaut. Nachdem sie es 1870 verkauft hatte, wurde es niedrigerissen. Sie bezog dann 1873 das heute zu besichtigende Haus an der Forest Street, das mit seiner Helligkeit und heiteren Atmosphäre von ihrem Wesen erzählt. Hier lebte sie bis zu ihrem Tode 1896. Drei von ihren sechs Kindern waren bereits ausgeflogen, und nur an die beiden ältesten, Zwillingschwestern, erinnern ein Schlafzimmer und Photographien. (Das jüngste Kind starb ein Jahr nach seiner Geburt an Cholera.) Alles in diesem Haus spricht von zarter Frauenhand – wenn man es so altmodisch ausdrücken darf –, vor allem die Blumenbilder, die Harriet selbst gemalt hat. Alles ist nach dem Handbuch «The American Woman's Home» eingerichtet, besonders die Küche im Untergeschoss, und wenn der zierliche Schreibtisch, an dem sie einen Teil ihrer dreissig Bücher geschrieben hat, auch nicht authentisch ist, so ist er

doch ein antiquarisches Stück aus jener Zeit. Auch die hellen Tapeten sind erneuert worden, und die grünen Pflanzen im Salon sind natürlich heutigen Datums. Die Atmosphäre rührt ans Herz, wenn man bedenkt, dass Harriet Beecher Stowe, die weltberühmte Verfasserin von «Onkel Toms Hütte», mit einem zerstreuten Professor verheiratet war und aller Berühmtheit zum Trotz um des täglichen Brotes willen schreiben musste, anstatt, wie sie selbst es gelehrt hatte, ganz Hausfrau und Mutter zu sein. Sie war, im Gegensatz zu ihren Schwestern, scheu und tat sich nichts darauf zugute, dass sie mit «Onkel Toms Hütte» tatsächlich Geschichte gemacht hatte. Sie spielte im Gesellschaftsleben von Nook Farm aus Zeitmangel die geringste Rolle, doch wie zum Entgelt für ihre Demut ist sie es, die heute, neben Mark Twain, die Besucher nach Nook Farm strömen lässt.

Niemand weiss, ob es zwischen ihr und Mark Twain Streitgespräche gegeben hat, aber es müsste eigentlich der Fall gewesen sein, denn Mark Twains Haus schlägt allen guten Rat schlägen der Schwestern Catherine und Harriet Beecher ins Gesicht. Es fällt einem, wenn man die Anhöhe betritt, als architektonische Scheusslichkeit auf und ist das Gegenteil eines funktionellen Baues. Mark Twain gab es dem New Yorker Architekten Edward Tuckerman Potter in Auftrag, der auch das Warnersche Haus an der Hawthorn Street, in dem Katharine Hepburn von 1908 bis 1917 ihre Kindheit verbracht hat, und die 1868 vollendete Kirche zum Guten Schäfer in Hartford entworfen hatte. Potter war als phantasievoller Ausleger des gotischen Stils bekannt. Wie man Mark

Twains Haus in bezug auf Aussen- und Innenarchitektur auch finden mag, Mark Twain liebte es, und obwohl er es nur von 1874 bis 1891 mit seiner Familie bewohnte, verkaufte er es erst im Jahr 1903. Hier verbrachte er die siebzehn glücklichsten Jahre seines Lebens, und er schwelgte darin, keine Ausgaben scheuen zu müssen und es nach Herzenslust ausstatten zu können. Drinnen ist das Haus, das winzige Fenster hat, so düster, dass die elektrifizierten Lampen angezündet werden müssen, damit die Besucher etwas sehen können. Was sie sehen, ist Prunk der damaligen Zeit – so liess sich der Dichter ein riesiges handgeschnitztes Ehebett aus Venedig kommen. Das grosse Haus weist dreizehn Zimmer auf, verteilt auf drei Stockwerke. In der Diele ist eine Telefonzelle, denn Mark Twain schaffte sich als erster in Hartford einen Telefonanschluss an. Aber er lernte das Telefon hassen. Durch einen Lautsprecher hört man eine Stimme, die eine Neujahrsansprache Mark Twains zitiert, in der er allen Menschen ein gesegnetes neues Jahr wünscht ausser dem Mann, der das Telefon erfunden hat. In diesem Haus ereignete es sich, dass Mark Twains Frau und Charles Dudley Warners Frau bei einem Abendessen vernichtende Kritik an bestimmten Erzählungen übten und ihren Männern vorschlugen, gemeinsam einen besseren Roman zu schreiben, wodurch sie ermuntert wurden, zwischen Februar und April den Roman «The Gilded Age» über die politische Korruption zu verfassen. Mark Twain schrieb die ersten elf Kapitel, Warner die folgenden zwölf, worauf sie sich ziemlich gerecht abwechselten. J. Hammond Trumbull, ein brillanter

Linguist, lieferte die Zitate in verschiedenen Sprachen für die Kapitelüberschriften. Wenn man den festlich gedeckten Tisch im Speisezimmer sieht, kann man sich die angeregte Unterhaltung der Tafelgäste leicht vorstellen.

Es mutet seltsam an, dass die sogenannte Bibliothek nicht Mark Twains Arbeitszimmer war. Statt dessen spielte sich hier das Familienleben ab, obwohl ein Kinderzimmer vorhanden war, das man mit Spielzeug aus der damaligen Zeit ausstaffiert hat. Das Arbeitszimmer im oberen Stock wurde in ein Schulzimmer umgewandelt, als die drei Töchter ins Lernalter kamen. Überall fühlte sich der Dichter abgelenkt, bis er im geräumigen Billardzimmer unter dem Dach die notwendige Ruhe fand. Hier steht ein vorsintflutliches Ungeheuer von Schreibmaschine, die von derselben Marke sein soll wie die von Mark Twain benutzte. Er spielte leidenschaftlich gern Billard, und hier oben diskutierte er auch am liebsten mit seinen Freunden, und hier entstanden sieben bedeutende Werke: «The Gilded Age» (1873), «The Adventures of Tom Sawyer» (1876), «A Tramp Abroad» (1880), «The Prince and the Pauper» (1881), «Life on the Mississippi» (1883), «Adventures of Huckleberry Finn» (1885) und «A Connecticut Yankee in King Arthur's Court» (1889). Dass Mark Twain ein erklärter Jugendschriftsteller wurde, verdankt die Nachwelt der Tatsache, dass er seinen Töchtern – der erstgeborene einzige Sohn starb mit zwei

Jahren – in der Bibliothek gern Geschichten erzählte, deren Gestalten auf den Bildern über dem Kamin zu sehen sind. Die Töchter überraschten ihn einmal in den Weihnachtsferien mit der Aufführung einer dramatisierten Fassung von «Prinz und Bettelknabe», an der Mark Twain solchen Spass hatte, dass sie öfters wiederholt wurde. Die Erstaufführung fand in Warners Haus statt – seine Tochter spielte Tom Canty –, das später von Dr. Thomas Hepburn übernommen wurde, dem ersten Arzt, der sich in New England als Urologe spezialisierte.

Es stimmt traurig, dass Mark Twain, der als beliebtester Humorist in die Geschichte der Literatur eingegangen ist, seine späteren Jahre mit Sorgen und in Bitterkeit verbrachte. Als er 1891 Hartford verliess, um aus finanziellen Gründen nach Europa zu fahren, ahnte er nicht, dass er das von ihm so geliebte und prunkvoll ausgestattete Haus auf Nook Farm nie wiedersehen würde.

Als eng verknüpfte Gemeinde blühte und gedieh Nook Farm ungefähr drei Jahrzehnte lang. Ihr Einfluss auf die amerikanische Kultur lässt sich schwer bewerten; aber er war unbestritten stark, sowohl was die Literatur – Reisebeschreibungen und Dramatik – als auch die Frauenbewegung betrifft. Die Häuser, in denen diese Kulturträger wohnten, verraten viel von der Atmosphäre ihrer Umgebung. Unwillkürlich wird man von dem Wunsch erfasst, es gäbe auch heute so etwas wie Nook Farm.

Ursula von Wiese